

BÜRGERGEMEINDE

Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Bettingen

Der Regierungsrat hat gemäss § 3 des Bürgerrechtsgesetzes die Aufnahme der nachverzeichneten vier Personen (drei Gesuche) in das Bürgerrecht der Gemeinde Bettingen bestätigt, unter gleichzeitiger Verleihung des Kantonsbürgerrechts:

Dörr, Markus, deutscher Staatsangehöriger

Fahnenstich, Hubert, deutscher Staatsangehöriger mit seiner Ehefrau Oppenhäuser-Fahnenstich, Inge Maria, deutsche Staatsangehörige

Krebs, Jörn Michael Stephan, deutscher Staatsangehöriger

Basel, 15. August 2023

Der Regierungsrat hat gemäss § 3 des Bürgerrechtsgesetzes die Aufnahmen der nachverzeichneten drei Personen (zwei Gesuche) in das Bürgerrecht der Gemeinde Bettingen bestätigt, unter gleichzeitiger Verleihung des Kantonsbürgerrechts:

Ermer, Anneliese, deutsche Staatsangehörige

Jordaan, Pierre Jacobus, südafrikanischer Staatsangehöriger mit seiner Ehefrau Du Toit, Jaqueline Susann, südafrikanische Staatsangehörige

Basel, 31. Oktober 2023

Martina Karrer, Bürgerratsschreiberin

Podium zur Maienbühl-Deponie

rs. «Die Gemeinde Riehen schützt ihre Quellen sowie ihre Naturschutzgebiete. Sie sorgt für eine risiko- und versachergerechte Sanierung ihrer mit Giftstoffen belasteten Deponien innerhalb von zehn Jahren. Wo erforderlich koordiniert sie die nötigen Massnahmen grenzüberschreitend.» Über diesen Initiativtext stimmt das Rieher Stimmvolk am 3. März ab.

Anlass zur Initiative war der Umgang mit der Deponie Maienbühl. Die einen sind der Meinung, eine Sanierung der Deponie sei so schnell wie möglich vorzunehmen und aus Gewässerschutzgründen unerlässlich, andere sagen, die Deponie sei bereits sicher und eine Sanierung sei ein zu grosses und unnötiges finanzielles Risiko für die Gemeinde.

In einer Podiumsdiskussion am Donnerstag, 8. Februar, um 19.30 Uhr im Haus der Vereine kommen beide Seiten zu Wort - eine gute Gelegenheit, sich ein eigenes Bild zu machen. Für die Initiative sprechen der Altlastenexperte Martin Forrer und der Basler Pro-Natura-Präsident und alt Grossrat der Grünen Thomas Grossenbacher, dagegen argumentieren der Umweltgeowissenschaftler Remo Schweigler und Gemeinderat Patrick Huber. Die Diskussion wird von RZ-Redaktor Rolf Spriessler geleitet.

Promotion

Gabelzartes Fleisch

Was steckt hinter gabelzartem Fleisch? Das verrät Ihnen Metzgermeister Werner Wirth gerne anlässlich seiner rund dreistündigen Veranstaltung am Dienstag, 6. Februar, im Gasthof Ochsen in Arlesheim. Der Autor mehrerer Kochbücher erzählt über seine revolutionäre Garmethode für Fleisch. Sie erleben das Geheimnis in der Praxis mit und dürfen anschliessend selbstverständlich auch ausgiebig degustieren. Wir bieten Ihnen einen einmaligen Informationsabend zum Thema Niedertemperaturgaren. Vergessen Sie (fast) alles, was Sie bisher über Fleischzubereitung gehört und selber ausprobieren haben.

Die Anmeldung inklusive Bezahlung ist direkt online in unserem Shop (www.goldwurst.ch/Shop) möglich. Alternativ nehmen wir Ihre Anmeldung im Fachgeschäft Arlesheim, per E-Mail an fg.arlesheim@goldwurst.ch oder unter 061 706 52 22 entgegen. Der Unkostenbeitrag pro Person beträgt 50 Franken; es gibt eine Rückvergütung von 25 Franken als Einkaufsgutschein für Bücher oder Fleisch. Eröffnen Sie sich diese neue Genusswelt mit zarterem und aromatischerem Fleisch. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an diesem interessanten Abend.

Christoph Jenzer,
Jenzer Fleisch + Feinkost

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE Infoanlass über die Anstellung bei einer Spitex

«Sie sind nicht alleine und erhalten einen Lohn»

Vertreter der privaten Spitex-Organisation Asfam orientieren über das neuere Modell, sich für die Grundpflege eines Angehörigen anstellen zu lassen.

ANDREAS HIRSBRUNNER

Seit ein paar Jahren gibt es die Möglichkeit, dass sich Personen, die Angehörige pflegen, von einer Spitex-Organisation anstellen lassen. Über diese vielen noch unbekannt Lösung informierte die Fachstelle Alter der Gemeinde Riehen letzte Woche an einem öffentlichen Anlass zusammen mit einer privaten Spitex-Organisation; die zweite eingeladene Spitex sagte krankheitsbedingt kurzfristig ab.

64 Millionen Stunden pro Jahr

Als Erstes steckte Mirjam Henzi, Pflegerberaterin bei der Fachstelle Alter, den Rahmen ab, in dem die Pflege von Angehörigen erfolgt. Die nicht zuletzt aus finanziellen Gründen hochgehaltene Leitlinie «ambulante vor stationär» mache die Pflege, Betreuung und Behandlung zu Hause zunehmend komplexer und zeitintensiver. Dazu komme, dass die Bevölkerung immer älter werde, was eine strukturelle, finanzielle und personelle Herausforderung sei. Henzi: «64 Millionen Stunden an Pflege und Betreuung werden jährlich von Angehörigen geleistet, was einem Geldwert von etwa 3,5 Milliarden Franken entspricht.»

Diese vor allem von Frauen geleistete, meist unbezahlte Arbeit geniesse wenig Wertschätzung und habe negative Auswirkungen auf deren finanzielle Situation: Die pflegenden Angehörigen erlitten Einkommenseinbußen und bezahlten keine oder nur wenige Beiträge an die eigene Altersvorsorge. Immerhin können sich pflegende Angehörige ihre Leistungen unter gewissen Bedingungen bei der Berechnung ihrer AHV-Rente als Betreuungsgutschrift anrechnen lassen. Und die Gemeinde Riehen bezahlt an die unentgeltliche Pflege zu Hause Beiträge, sofern der Pflegeaufwand täglich mindestens eine Stunde beträgt.



Sie referierten am Infoanlass: Raymond Machenbaum und Valérie Guth von der Spitex Asfam sowie Mirjam Henzi von der Fachstelle Alter der Gemeinde Riehen.

Foto: Andreas Hirsbrunner

Eine Alternative ist, sich von einer privaten oder öffentlichen Spitex-Organisation anstellen zu lassen. Über dieses Modell informierten Geschäftsleiter Raymond Machenbaum und Pflegerleiterin Valérie Guth von der privaten Spitex Asfam beider Basel; Asfam steht für «Assistenz für Familien mit pflegenden Angehörigen» und ist auch in zehn weiteren Kantonen in der Schweiz präsent. Laut Machenbaum beschäftigt die Asfam beider Basel acht diplomierte Pflegefachpersonen sowie zwei Personen für die zentralen Dienste und hat 75 pflegende Angehörige unter Vertrag, davon 70 Prozent im Baselbiet. Er unterstrich die Vorteile einer Anstellung: «Sie sind in unsere Spitex integriert

und nicht alleine. Sie erhalten eine persönliche und fachliche Fallbegleitung durch eine diplomierte Pflegefachfrau. Sie profitieren von unseren Personal-Events und können an unseren Aus- und Weiterbildungen teilnehmen.»

Patient muss einverstanden sein

Als wichtigste Bedingungen für eine Anstellung nannte Machenbaum ein Mindestalter von 18 Jahren, die regelmässige Grundpflege eines Angehörigen (Körperhygiene, Mobilisation, Hilfe bei der Nahrungsaufnahme sowie beim An- und Auskleiden) von mindestens einer Stunde pro Tag, eine stabile und langfristige Pflegesituation, die zwingend notwendige Erfassung der eigenen Tagesleistung, die Bereitschaft, sich kostenlos weiterzubilden, und das Einverständnis aller Beteiligten inklusive Patient. Zudem sei von Gesetzes wegen ein Pflegehelferkurs vorgeschrieben, den seine Spitex ebenfalls anbiete. Auch sei eine Bedarfsabklärung Voraussetzung für einen Arbeitsvertrag.

Interessiertes Publikum

Und was verdient eine pflegende Angehörige bei Asfam? «Die Anstellung erfolgt im Stundenlohn inklusive Sozialleistungen, wobei der ganze Lohn ohne Koordinationsabzug bei der Pensionskasse versichert ist», sagte Machenbaum. «Der Stundenlohn beträgt brutto 34.30 Franken.» Das entspricht bei einer Stunde Grundpflege pro Tag einem Lohn von 1000 Franken pro Monat. Dass für den Grossteil des Publikums - bezeichnenderweise ausnahmslos Frauen - eine Spitex-Anstellung eine reale Möglichkeit ist, zeigten die zahlreichen Detailfragen am Ende des Infoanlasses.

PAROLENFASSUNG 1 GLP Riehen sagt zweimal Ja

Verstärkte Aktivitäten der Jugend

rz. An ihrer Mitgliederversammlung letzten Montag haben die Rieherer GLP-Vertreter die Parolen für die bevorstehenden Abstimmungen der Gemeinde Riehen am 3. März gefasst, ist in einer Medienmitteilung der Partei nachzulesen.

Betreffend das Stimmrechtsalter 16 sei die nach eingehender Diskussion mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass die politische Beteiligung junger Menschen vor Erreichen der Volljährigkeit deutlich gestiegen sei. Dies zeige sich sowohl in Sachdiskussionen als auch in verstärkten Aktivitäten der Jugendparlamentare. Der Wunsch, mitzuarbeiten und mitzubestimmen, sei unübersehbar und konzentriere sich auf Themen, die die zukünftige Entwicklung dieser jungen Generation massgeblich beeinflussten. Nicht Teil des Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren sei die Wählbarkeit in ein Amt, erinnert die GLP; dafür gelte weiterhin das Alter der Volljährigkeit mit 18 Jahren.

Des Weiteren stehe die Rieherer GLP-Sektion für sauberes Quellwasser ein. Abfallstünden dürften nicht an die nächste Generation weitergegeben werden. Die Hinteren Auquellen spiel-

ten eine entscheidende Rolle für die zukünftige Wasserversorgung, insbesondere angesichts des zunehmenden Wertes von sauberem Wasser im Kontext des Klimawandels. Die Deponie Maienbühl berge unbekannt Gefahren, besonders oberhalb von Grundwasserschutzzonen. Das Autorial, ein bedeutendes Amphibienlaichgebiet des Kantons Basel-Stadt, sei gefährdet. Die Weiher würden von der Auquelle unterhalb der Deponie gespeist und das Quellwasser fliesse weiter in die Grundwasserschutzzone Lange Erlen, die das Trinkwasser für Basel-Stadt bereitstellt. Der Schutz des Quellwassers vor Schadstoffen aus unseren Bächen sei von entscheidender Bedeutung.

Darüber hinaus wählte die GLP Basel-Stadt an ihrer Versammlung Serge Meyer einstimmig zum neuen Präsidenten; dieser übernimmt somit von der Rieherer Nationalrätin Katja Christ die Parteiführungsspitze. Eine klare Nein-Parole gab es jeweils bei der 13. AHV-Initiative und der Renteninitiative. Für die Regierungsrats-Ersatzwahlen entschieden sich die Grünliberalen hingegen, keine Wahlempfehlung auszusprechen.

PAROLENFASSUNG 2 EVP sagt Ja zu kommunalen Vorlagen

Für Sanierung der belasteten Böden

rz. Die Mitglieder der EVP Riehen-Bettingen haben am 30. Januar die Parolen zu den kommunalen und nationalen Vorlagen vom 3. März gefasst, so eine Medienmitteilung vom Mittwoch. Zur Initiative «Sauberes Quellwasser für das grosse grüne Dorf» wurde die Ja-Parole mit einer grossen Mehrheit beschlossen und damit die Forderung der Initianten unterstützt, dass die Gemeinde innerhalb von zehn Jahren die belasteten Böden im Maienbühl sanieren muss. Ebenso wurde die Ja-Parole zum Stimmrechtsalter 16 gefasst, und zwar einstimmig. Die EVP-Mitglieder seien überzeugt, dass Jugendliche auf Gemeindeebene das aktive Stimmrecht

und somit eine politische Mitwirkung erhalten sollen.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der kantonalen EVP wurden die Parolen zu den nationalen Vorlagen gefasst. Mit einer Zweidrittelmehrheit wurde die Nein-Parole zur Initiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» (Renteninitiative) beschlossen. Die Mitglieder befürchteten, dass mit einer Erhöhung des Rentenalters ältere Arbeitnehmer vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen seien. Die ungelöste Finanzierung und das «Giesskannenprinzip» der Vorlage zur Initiative für eine 13. AHV-Rente) führten zur Fassung der Nein-Parole.

PAROLENFASSUNG 3 SVP lehnt kommunale Vorlagen ab

Zweimal ein einstimmiges Nein

rz. Im Hinblick auf die kommunale Abstimmung vom 3. März hat die SVP Riehen ihre Parolen gefasst: Die Parteimitglieder sagten einstimmig Nein zum Stimmrechtsalter 16 und einstimmig Nein zur Sanierung Deponie Maienbühl, so eine Medienmitteilung der Rieherer Partei vom Dienstag.

Die Begründungen der Vertreterin des Ja-Komitees für den Beschluss des Einwohnerrats vom 21. Juni, das Stimmrechtsalter in der Gemeinde Riehen auf 16 Jahre zu senken (entgegen dem Antrag des Gemeinderates), hätten die Anwesenden aufgrund mangelnder Allgemeingültigkeit nicht nachvollziehen können. Jenny Schweizer als Präsidentin des Nein-Komitees zum Stimmrechtsalter 16 habe unter anderem mit dem Argu-

ment überzeugt, dass die gesetzlichen Bestimmungen vorrangig zu bewerten seien. Dabei seien das Erreichen der Volljährigkeit mit 18 Jahren und die ansonsten drohende Trennung des aktiven und passiven Wahlrechts zur Sprache gekommen.

Die Volksinitiative zur Sanierung der Deponie Maienbühl habe Parteimitglied und Gemeinderat Stefan Suter vorgestellt. Sämtliche involvierten und zudem die höchsten Behörden aus Kanton und Bund (AUE, BAFU) erachteten nach ihren Messungen und Untersuchungen eine Sanierung als nicht nötig. Deshalb sei eine Investition für die Sanierung im zweistelligen Millionenbetrag «absolut überflüssig und nicht vertretbar», schliesst das Communiqué.



Vorstandsmitglieder der SVP Riehen mit Gemeinderat Stefan Suter (Dritter von rechts) in ihrer Mitte.

Foto: zvg

«HALT GEWALT» Zivilcourage muss gestärkt werden

Umfrage zeigt Handlungsbedarf auf

rz. Die im Rahmen des Projekts «Halt Gewalt» im Oktober 2022 durchgeführte Bevölkerungsumfrage offenbart Einsichten in die Einstellungen der Bevölkerung bezüglich häuslicher Gewalt, so ein Communiqué der Kantonspolizei vom Mittwoch. Die Ergebnisse zeigten, dass 84 Prozent der Befragten Verhaltensweisen wie «sich anschreien, Türen zuknallen» als inakzeptabel einstufen, während über 95 Prozent andere Formen von Gewalt

deutlich verurteilen. Beim Thema Zivilcourage zeige sich, dass 75 Prozent der Befragten bei Gewalt gegen unbekannte Personen und 94 Prozent bei ihnen bekannten Personen eingreifen würden. Von jenen, die eher nicht eingreifen würden, haben mehr als 60 Prozent Angst, das Falsche zu tun. Dies verdeutliche die Notwendigkeit, Unterstützungsmöglichkeiten besser zu kommunizieren und Hemmnisse für das Eingreifen abzubauen.